

Regionen im Ost-West-Vergleich

Vieles ist im Fluss

Mit der deutschen Wiedervereinigung vor 25 Jahren war die Erwartung an eine schnelle Angleichung der Lebensverhältnisse in Ostdeutschland an das westdeutsche Niveau verbunden. In vielen Bereichen ist die Entwicklung tatsächlich positiv. Dennoch bestehen zwischen Ost und West nach wie vor erhebliche regionale Unterschiede in demografischer, arbeitsmarktpolitischer, wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht.



Nach der Wiedervereinigung kam es in den neuen Bundesländern zu einem dramatischen Geburtenrückgang und zu einer starken Abwanderung nach Westdeutschland. Die Bevölkerungsentwicklung verlief daher deutlich anders als im Westen. Die Geburtenrate sank von 1,57 im Jahr 1989 auf einen Tiefststand von 0,77 Kindern pro Frau im Jahr 1994. In den folgenden Jahren erholte sie sich wieder und stieg bis zum Jahr 2012 auf einen Wert von 1,4. Seit dem Jahr 2008 liegt die Geburtenrate zudem wieder über dem westdeutschen Niveau. Auch die Abwanderung von Ost nach West hat in den vergangenen Jahren abgenommen und ist mittlerweile nahezu gestoppt (vgl. den Beitrag von Michaela Fuchs, Mirko Wessling und Antje Weyh auf Seite 78), so dass der Saldo der Binnenwanderung zwischen Ost- und Westdeutschland in 2012 erstmals seit der Wiedervereinigung annähernd ausgeglichen ist.

Zahl der Einwohner sank im Osten seit 1990 um gut 13 Prozent

Angesichts der niedrigen Geburtenrate und der starken Abwanderung in den 1990er Jahren ist die Bevölkerung in Ostdeutschland seit dem Mauerfall rapide geschrumpft. Von 1990 bis 2012 stieg die Zahl der Einwohner in Deutschland zwar insgesamt um 2,8 Prozent, der Bevölkerungszuwachs fand mit 6,7 Prozent ausschließlich in Westdeutschland statt, was auf die verstärkte Zuwanderung aus dem Ausland zurückzuführen ist. In Ostdeutschland sank die Zahl der Einwohner in diesem Zeitraum dagegen um 13,5 Prozent. Die Bevölkerungsverluste konzentrierten sich im Osten vor allem auf die ländlichen Regionen, in den Städten blieb die Bevölkerungszahl hingegen nahezu stabil.

Diese Entwicklung ist auch auf die unterschiedliche Siedlungsstruktur in West- und Ostdeutschland zurückzuführen. Während in Ostdeutschland die ländlichen Regionen vier Fünftel der Fläche einnehmen und dort die Hälfte der Bevölkerung lebt, ist das flächenmäßige Verhältnis von Stadt und Land in Westdeutschland nahezu ausgeglichen und nur 20 Prozent der Bevölkerung lebt im ländlichen Raum. Nach Prognosen des Statistischen Bundesamts wird die Einwohnerzahl in Ostdeutschland bis 2030 um weitere

14 Prozent schrumpfen, während für Westdeutschland nur ein Rückgang von vier Prozent prognostiziert wird.

Erwerbsbevölkerung im Osten schrumpft deutlich schneller als im Westen

Auch die Abnahme der Erwerbsbevölkerung, also der 15- bis 64-Jährigen, schreitet in Ostdeutschland schneller voran als in Westdeutschland. So sank die Erwerbsbevölkerung im Osten von 2000 bis 2012 im Schnitt um 14,4 Prozent. Nur in einigen Städten und den an Berlin angrenzenden Landkreisen fiel der Rückgang etwas verhaltener aus. Demgegenüber verzeichnete Westdeutschland mit knapp zwei Prozent einen eher geringen Rückgang. Einige westdeutsche Regionen legten in dieser Zeit sogar mit zweistelligen Raten zu (vgl. Abbildung 1 auf Seite 16).

Das Statistische Bundesamt geht in seinen Prognosen davon aus, dass sich der Rückgang der Erwerbsbevölkerung fortsetzen und verstärken wird: Bis 2030 wird für Ostdeutschland mit einer weiteren Abnahme um 27 Prozent gerechnet. In Westdeutschland geht man von einer Verringerung um 18 Prozent aus.

Erfreulich sieht die Entwicklung demgegenüber auf dem Arbeitsmarkt aus: Sowohl die Erwerbstätigkeit als auch die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung entwickeln sich nach den dramatischen Rückgängen in den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung mittlerweile positiv. Im Osten ist die Zahl der Erwerbstätigen seit dem Jahr 2006 kontinuierlich gestiegen. Selbst 2009, im Jahr der Finanz- und Wirtschaftskrise, gab es dort mit 0,4 Prozent einen leichten Zuwachs bei der Zahl der Erwerbstätigen. In Deutschland insgesamt erreichte die Erwerbstätigkeit im Jahresdurchschnitt 2014 mit 42,6 Millionen Personen sogar den höchsten Stand seit der Wiedervereinigung.

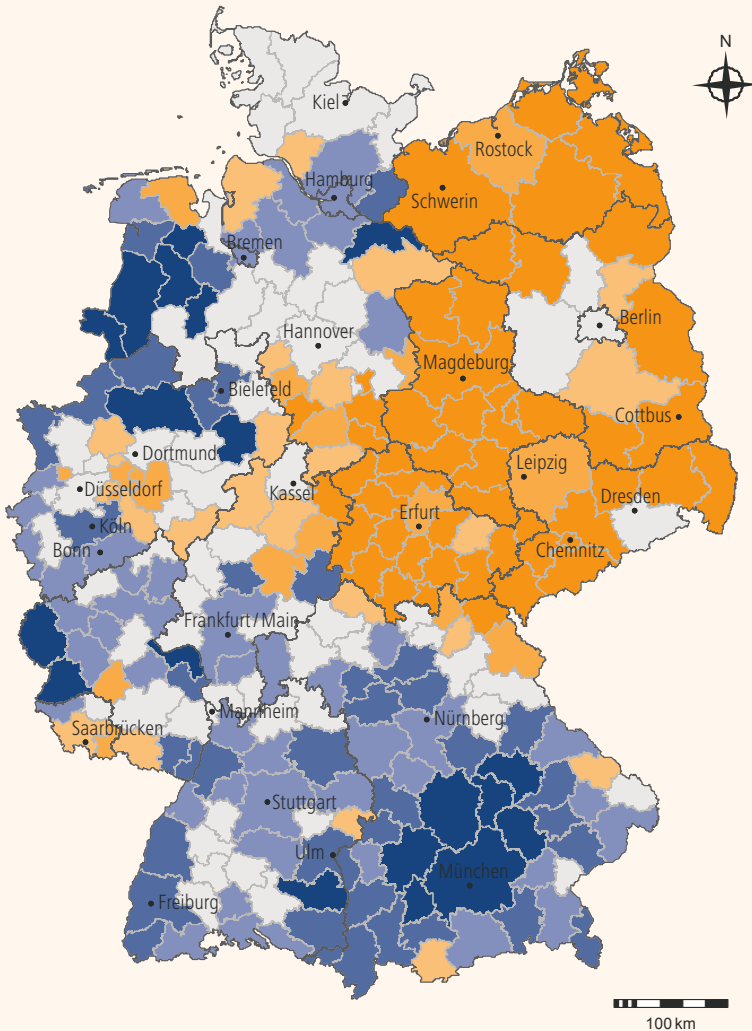
Beschäftigungsquoten in Ost und West sind fast gleichauf

Ein Indikator zur Beurteilung der Beschäftigungssituation ist die Beschäftigungsquote, also die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort in Relation zur erwerbsfähigen Bevölkerung im Alter zwischen 15 bis 64 Jahren. Da die erwerbsfähige Bevölkerung in

Abbildung 1

Entwicklung der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15–64 Jahre) von 2000 bis 2012

in Prozent



Regionale Ebene: Arbeitsmarktregionen

> -27,0 - ≤ -12,0 (50)	Westdeutschland: -2,0
> -12,0 - ≤ -9,0 (18)	Ostdeutschland: -14,4
> -9,0 - ≤ -6,0 (24)	Deutschland: -4,7
> -6,0 - ≤ -3,0 (63)	
> -3,0 - ≤ 0,0 (45)	Minimum: -26,3 (AMR Dessau Roßlau)
> 0,0 - ≤ 3,0 (39)	Maximum: 10,8 (AMR Cloppenburg)
> 3,0 - ≤ 11,0 (19)	

() Anzahl der Arbeitsmarktregionen

Anmerkung: Die Angaben zum Alter im Jahr 2012 sind vorläufige Zahlen auf Grundlage des Zensus 2011.

Quelle: Statistisches Bundesamt. Eigene Berechnung und Darstellung.

©IAB

Ostdeutschland zwischen 2000 und 2012 stärker gesunken ist als die Beschäftigung, hat sich die Beschäftigungsquote dort in diesem Zeitraum erhöht.

Im Jahr 2000 lag die Beschäftigungsquote der Ostdeutschen noch bei 49,3 Prozent und damit um 0,3 Prozentpunkte niedriger als die der Westdeutschen. Bis zum Jahr 2012 ist sie dagegen um 5,1 Prozentpunkte auf 54,4 Prozent gestiegen und liegt nun sogar knapp einen Prozentpunkt über dem Westniveau. Ohne Berlin hat sich die Beschäftigungsquote in den ostdeutschen Flächenländern sogar um sechs Prozentpunkte erhöht.

Im Jahr 2012 lag der Anteil der sozialversicherungspflichtig beschäftigten 15- bis 64-Jährigen in vielen ostdeutschen Regionen über dem Bundesdurchschnitt und damit ähnlich hoch wie in weiten Teilen Bayerns und Baden-Württembergs. Dabei ist zu beachten, dass niedrige Beschäftigungsquoten nicht immer auf ungünstige Beschäftigungsmöglichkeiten zurückzuführen sind. Sie können auch daraus resultieren, dass eine hohe Zahl an Personen ins benachbarte Ausland zur Arbeit pendelt und deshalb in der deutschen Beschäftigungsstatistik nicht erfasst wird. In vielen westdeutschen Grenzregionen ist dies deutlich zu beobachten (vgl. Abbildung 2 auf Seite 17).

Bei der Arbeitslosigkeit verringert sich der Abstand zwischen Ost und West

Die Arbeitslosigkeit stieg nach der Wiedervereinigung in beiden Landesteilen, besonders aber im Osten, zunächst stark an. Erst seit 2005 ist ein deutlicher Rückgang zu verzeichnen, der im Osten noch ausgeprägter war als im Westen (vgl. hierzu den Beitrag von Michaela Fuchs, Oliver Ludewig und Antje Weyh auf Seite 22). Selbst während der Finanz- und Wirtschaftskrise im Jahr 2009 blieb die Zahl der Arbeitslosen in Ostdeutschland nahezu unverändert, während sie in Westdeutschland leicht anstieg. Dies hängt damit zusammen, dass von der Krise in erster Linie exportorientierte Branchen des Verarbeitenden Gewerbes betroffen waren, die zu einem erheblichen Teil in Süddeutschland angesiedelt sind.

Auch in den vergangenen zwei Jahren hat sich die Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland günstiger entwickelt

als in Westdeutschland: Im Juni 2013 und Juni 2014 sank die Zahl der ostdeutschen Arbeitslosen im Vergleich zum Vorjahr, wohingegen sie in Westdeutschland trotz der positiven Beschäftigungsentwicklung leicht anstieg. Mehrere Gründe waren für diese Entwicklung in Westdeutschland maßgebend: Das Arbeitsangebot stieg zum einen durch die Zunahme der Erwerbsbeteiligung von Frauen und Älteren und zum anderen durch die hohe Nettozuwanderung nach Westdeutschland aus dem Ausland. Auch wenn die Arbeitslosenquoten im Osten in den vergangenen Jahren prozentual stärker gesunken sind als im Westen und sich der Abstand zwischen West und Ost deutlich verringert hat, so liegen sie in Ostdeutschland nach wie vor auf einem weitaus höheren Niveau.

Wirtschaftsleistung pro Kopf beträgt zwei Drittel des Westniveaus

Bei der Wirtschaftsleistung hat Ostdeutschland kräftig aufgeholt, ohne jedoch das westdeutsche Durchschnittsniveau zu erreichen. Lag das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf im Jahr 1991 in Ostdeutschland (ohne Berlin) bei 33 Prozent des westdeutschen Niveaus, stieg es innerhalb von fünf Jahren auf knapp 62 Prozent. Seit 1997 kommt der Aufholprozess nur noch langsam voran. Im Jahr 2013 erreichte die ostdeutsche Wirtschaftskraft knapp 67 Prozent des Westniveaus.

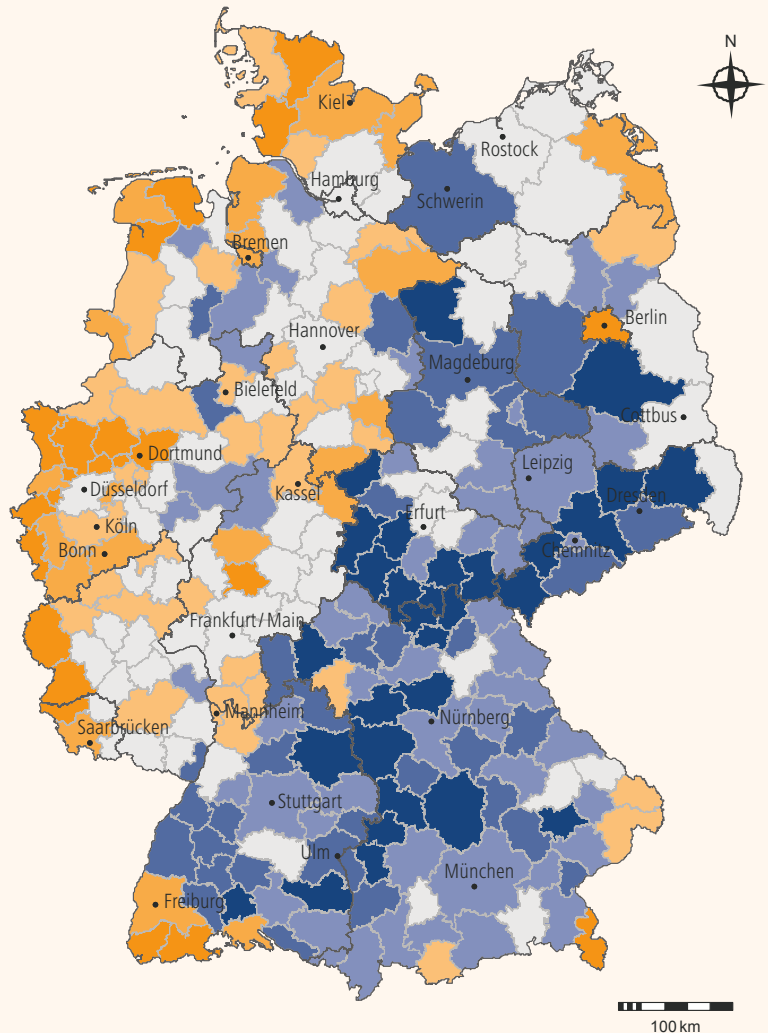
Dieser Rückstand ist darauf zurückzuführen, dass die ostdeutsche Wirtschaftsstruktur weiterhin von einer kleinteiligeren Betriebslandschaft geprägt ist, es an wertschöpfungsintensiven Konzernzentralen mangelt und die Industrie auf Zulieferprodukte ausgerichtet ist (vgl. den Beitrag von Uwe Blien und Phan thi Hong Van auf Seite 4). Dies trifft nahezu flächendeckend für ganz Ostdeutschland zu.

In Westdeutschland fällt die regionale Verteilung der Wirtschaftskraft viel heterogener aus. Hier ragen insbesondere die großstädtisch geprägten Regionen mit überdurchschnittlichen Werten heraus, die nicht zuletzt durch Überschüsse an Einpendlern aus dem Umland bedingt sind. Im Unterschied dazu weisen andere west-

Abbildung 2

Beschäftigungsquote im Jahr 2012

in Prozent



Regionale Ebene: Arbeitsmarktregionen

> 42,0 - ≤ 49,0 (22)	Westdeutschland: 53,5
> 49,0 - ≤ 51,0 (20)	Ostdeutschland: 54,4
> 51,0 - ≤ 53,0 (34)	Deutschland: 53,7
> 53,0 - ≤ 55,0 (64)	
> 55,0 - ≤ 57,0 (52)	Minimum: 42,5 (AMR Trier)
> 57,0 - ≤ 59,0 (36)	Maximum: 63,6 (AMR Sonneberg)
> 59,0 - ≤ 64,0 (30)	

() Anzahl der Arbeitsmarktregionen

Anmerkung: Beschäftigungsquote 2012 (Anteil Beschäftigte am WO an Erwerbsbevölkerung).

Die Angaben zum Alter im Jahr 2012 sind vorläufige Zahlen auf Grundlage des Zensus 2011.

Quelle: Statistisches Bundesamt. Eigene Berechnung und Darstellung.

©IAB



deutsche Regionen im Norden, in Rheinland-Pfalz und an der ehemaligen innerdeutschen Grenze Werte auf, die ähnlich niedrig sind wie die ostdeutscher Regionen (vgl. Abbildung 3 auf Seite 19).

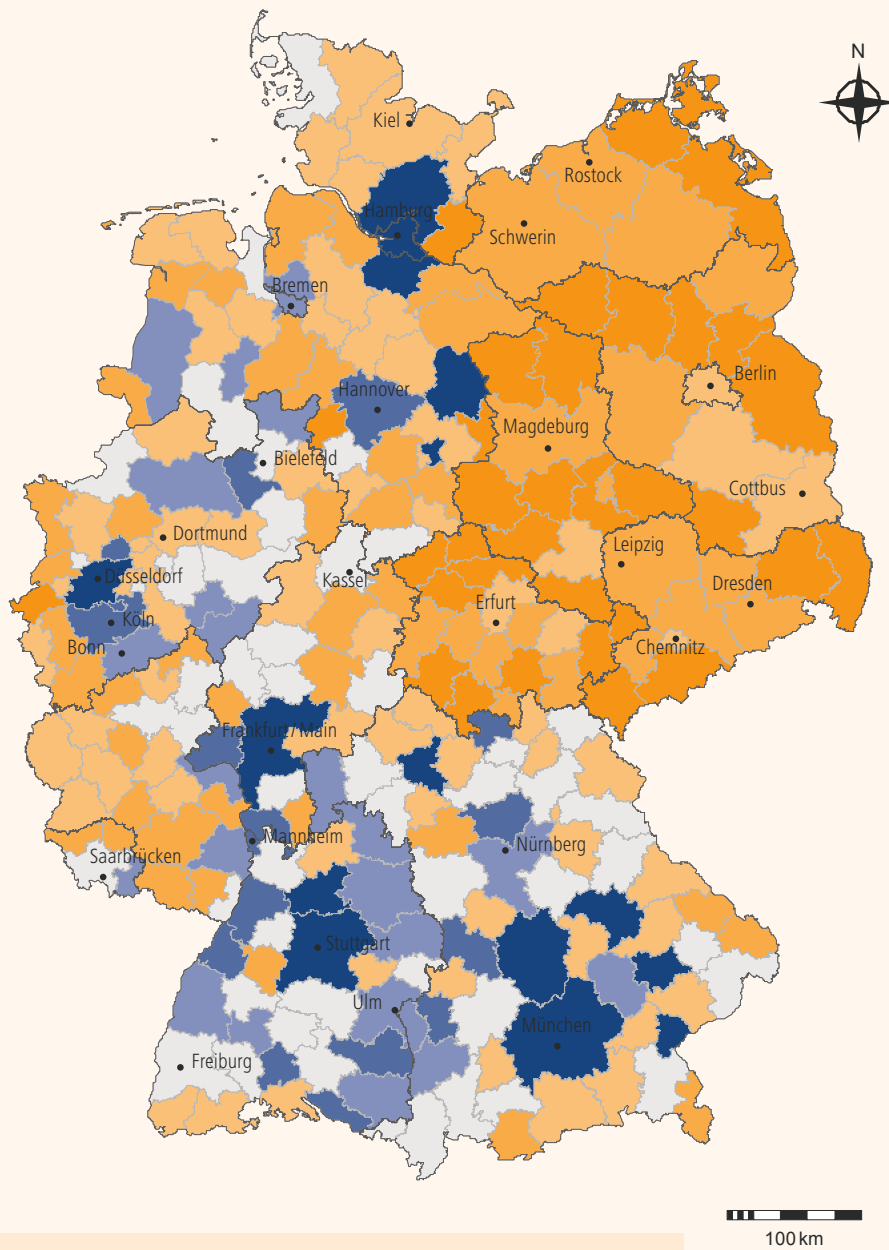
Verfügbares Einkommen im Osten liegt bei 83 Prozent des Westniveaus

Das verfügbare Einkommen sowie Löhne und Gehälter sind wichtige Indikatoren für die soziale Lage. Während Löhne und Gehälter die durch wirtschaftliche Aktivitäten erzielten Bruttoeinkommen der Beschäftigten am Arbeitsort widerspiegeln, umfasst das verfügbare Einkommen das den privaten Haushalten zur Verfügung stehende Nettoeinkommen – also nach Abzug von Lohn- und Einkommensteuer und Sozialbeiträgen, aber einschließlich Sozialtransfers.

Im Jahr 2012 erreichte das verfügbare Einkommen in Ostdeutschland 83 Prozent des westdeutschen Niveaus. Löhne und Gehälter liegen seit Mitte der 1990er Jahre nahezu unverändert bei rund 80 Prozent. Aufgrund der eingeschränkten Datenlage bleiben die unterschiedlichen regionalen Preisniveaus dabei unberücksichtigt.

Die regionale Streuung sowohl der Nominal- als auch der Reallöhne ist in Ostdeutschland nur gering, wie eine Untersuchung von Joachim Ragnitz aus dem Jahr 2012 belegt. In Westdeutschland variieren die Nominallöhne zwischen den Regionen erheblich: Während im Jahr 2012 in westdeutschen Hochlohnregionen Durchschnittslöhne pro Beschäftigten von bis zu 37.000 Euro pro Jahr erzielt wurden, lagen die niedrigsten Einkommen in Westdeutschland in norddeutschen Küstenregionen, in Teilen Niedersachsens und in Rheinland-

Abbildung 3

Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner 2012

Regionale Ebene: Arbeitsmarktregionen

> 17.000 - ≤ 22.000 (33)	Westdeutschland: 34.600
> 22.000 - ≤ 26.000 (57)	Ostdeutschland: 24.500
> 26.000 - ≤ 30.000 (67)	Deutschland: 32.600
> 30.000 - ≤ 34.000 (50)	
> 34.000 - ≤ 38.000 (22)	Minimum: 17.000 (AMR Eberswalde)
> 38.000 - ≤ 42.000 (16)	Maximum: 53.500 (AMR Wolfsburg)
> 42.000 - ≤ 54.000 (13)	

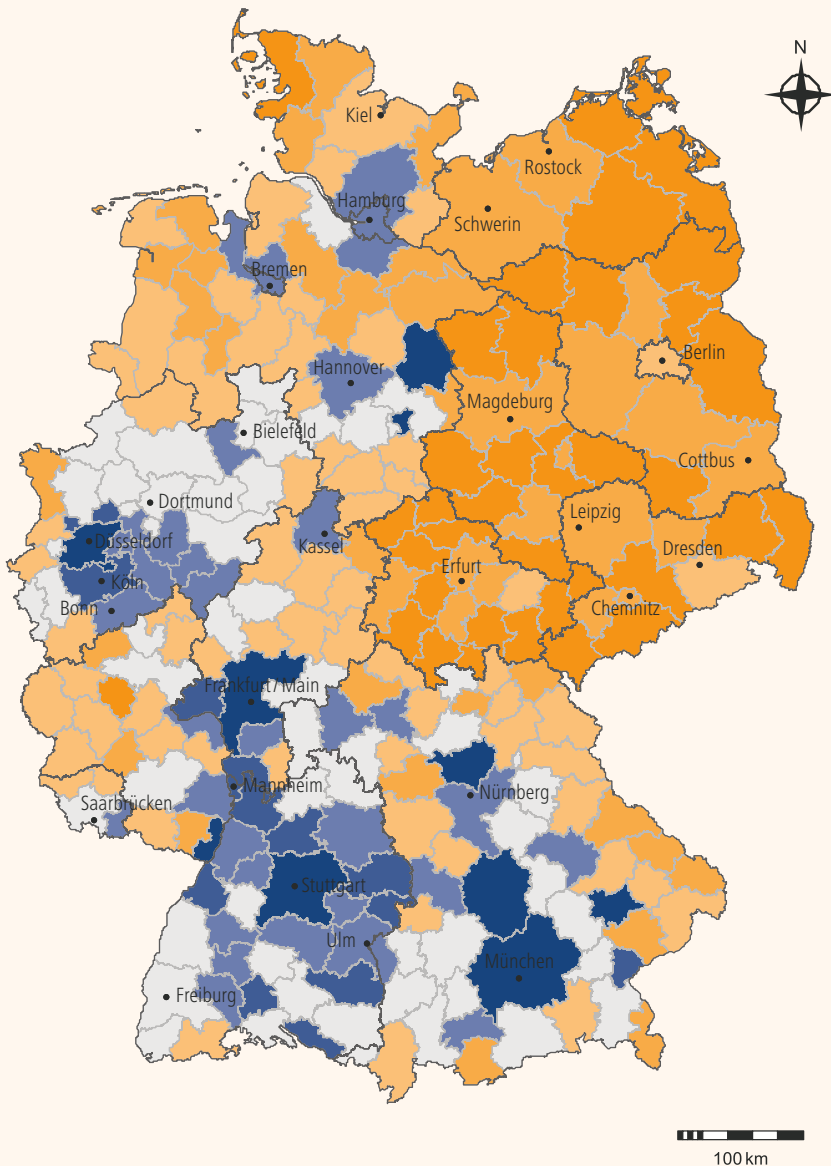
() Anzahl der Arbeitsmarktregionen

Anmerkung: Bruttoinlandsprodukt je Einwohner 2012.

Quelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder (Berechnungsstand August 2013, erschienen August 2014). Eigene Berechnung und Darstellung.

©IAB

Abbildung 4

Bruttojahreslohn pro Beschäftigten 2012**Regionale Ebene: Arbeitsmarktregionen**

> 20.000 - ≤ 22.500 (36)	Westdeutschland: 29.000
> 22.500 - ≤ 24.500 (45)	Ostdeutschland: 23.300
> 24.500 - ≤ 26.500 (65)	Deutschland: 28.000
> 26.500 - ≤ 28.500 (54)	
> 28.500 - ≤ 30.500 (33)	Minimum: 20.000 (AMR Nordvorpommern)
> 30.500 - ≤ 32.500 (14)	Maximum: 37.000 (AMR Wolfsburg)
> 32.500 - ≤ 37.000 (11)	

() Anzahl der Arbeitsmarktregionen

Quelle: IAB Beschäftigten-Historik (BEH) V09.05.00, Nürnberg 2014. Eigene Berechnung und Darstellung.

©IAB

Pfalz sowie im Norden und Osten Bayerns unter 24.500 Euro. In Ostdeutschland lagen hingegen selbst die höchsten regionalen Löhne noch deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von 28.000 Euro (vgl. Abbildung 4).

Fazit

In den vergangenen 25 Jahren hat Ostdeutschland ökonomisch stark aufgeholt. Die Beschäftigung und das Einkommen legten deutlich zu, die Arbeitslosigkeit sank spürbar. Dennoch ist der wirtschaftliche Aufholprozess gegenüber dem Westen mitnichten abgeschlossen. In einigen Bereichen verläuft er nur noch schleppend, etwa was die Angleichung der Wirtschaftskraft betrifft.

Aufgrund der insgesamt positiven Entwicklungen stehen auf nationaler Ebene mittlerweile einige ostdeutsche Regionen besser da als strukturschwache altindustrielle Regionen etwa in Nordrhein-Westfalen. Und auch im Vergleich mit den mittel- und osteuropäischen Transformationsländern schneiden die ostdeutschen Regionen sehr gut ab. Dennoch steht Ostdeutschland auch künftig vor großen Herausforderungen. Die Arbeitslosigkeit ist nach wie vor hoch. Zugleich könnte sich die starke Schrumpfung der Erwerbsbevölkerung als bedeutendes Hemmnis für die Wettbewerbsfähigkeit der regionalen Wirtschaft erweisen.

Regionale Einheit: Arbeitsmarktregionen

Als regionale Einheiten werden Arbeitsmarktregionen zugrunde gelegt, die Zentren der regionalen Arbeitsmärkte und ihre jeweiligen Verflechtungsbereiche umfassen. Diese funktional abgegrenzten Gebietseinheiten setzen sich in der Regel aus einem oder mehreren Kreisen zusammen. Sie bieten ein geeignetes Gebietsraster zur Betrachtung von Indikatoren, die arbeitsort- und wohnortbezogene Komponenten umfassen. Ein Beispiel hierfür ist das Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner. Das Bruttoinlandsprodukt wird am Entstehungsort (Arbeitsort) erfasst, die Zahl der Einwohner am Wohnort.



Literatur

Arbeitskreis Konjunktur des IWH (2014): Konjunktur aktuell: Binnenwirtschaft trägt Konjunktur in Deutschland. In: IWH, Konjunktur aktuell, Jg. 2 (1), S. 3-35.

Bundesministerium des Inneren (2013): Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2013. Berlin. November 2013.

Ragnitz, Joachim (2012): Regionale Lohnunterschiede in Deutschland. In: ifo Dresden berichtet, Heft 2, S. 26-32.

Statistisches Bundesamt (2011) (Hg.): Demografischer Wandel in Deutschland, Heft 1: Bevölkerungs- und Haushaltsentwicklung im Bund und in den Ländern, elektronische Publikation, abrufbar unter: www.destatis.de, Rubrik: „Bevölkerung -> Bevölkerungsvorausberechnung“.

Die Autoren



Barbara Schwengler

ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Forschungsbereich „Betriebe und Beschäftigung“ am IAB.

barbara.schwengler@iab.de

Franziska Hirschenauer

ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Forschungsbereich „Regionale Arbeitsmärkte“ am IAB.

franziska.hirschenauer@iab.de